

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 27. Jänner 2016

Nr. 02/16

INNENPOLITIK

Ministerrat beschloss „Asyl auf Zeit“ und Finanzmittel für Integrationstopf
Neue SPÖ-Minister im Amt

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundespräsident Fischer in Tunesien
Innenministerin Mikl-Leitner: Schengen auf der Kippe
Internationale Bürgermeister-Konferenz in Wien

WIRTSCHAFT

Konsumentenschutz: Schlichtungsstellen erleichtern Zugang zum Recht
Österreich auf Platz 13 in Ranking der innovativsten Länder der Welt
Neues Maßnahmenpaket zum Bürokratie-Abbau erleichtert das Wirtschaften
Neuer Sekt mit EU-Gütesiegel, nur aus österreichischen Trauben hergestellt
Die Münze Österreich 2015 erfolgreich

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Wissenstransfer, Zukunftstechnologien und FH-Forschung wird neu gefördert
Slowakischer Wissenschaftsminister Juraj Draxler zu Besuch in Wien
Schulsportpreise an 30 österreichische Schulstandorte verliehen
Lehrabschlüsse werden EU-weit vergleichbar

KULTUR

Österreichischer Filmpreis: „Ich seh, ich seh“ großer Gewinner
Bundesmuseen 2015: Besucherrekord
Schloss Schönbrunn: Mit Besucher-Plus ins Franz-Joseph-Jahr
Rekord für Jüdisches Museum Wien
Linzer Schlossmuseum feiert Fünfziger

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Wien: 2015 sechster Nächtigungsrekord in Folge
Zuwachs bei Bio-Betrieben bestätigt Qualitätsstrategie
Österreich beschließt EXPO-Beteiligung 2017
Smart Cities – Die Zukunft der Menschheit liegt in intelligenten Städten
Tipps für das Radfahren im Winter

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. 1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion:
Dr. Helmut Wohnout, Tel. ++43/1/53115-204154, Fax ++43/1/53115-204283, e-mail: helmut.wohnout@bka.gv.at; Versand: Ab-
teilung VII/3, Renate Gaida, Tel. ++43/1/53115-202613, Fax ++43/1/53109-202613, e-mail: renate.gaida@bka.gv.at;
<http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Ministerrat beschloss „Asyl auf Zeit“
und Finanzmittel für Integrationstopf**

Der Ministerrat hat am 26. Jänner grünes Licht für „Asyl auf Zeit“ und Einschränkungen bei der Familienzusammenkunft gegeben und damit die politischen Vorgaben vom letzten Asylgipfel mit den Bundesländern (20. Jänner) legislativ auf Schiene gebracht.

Die Regierungsspitze hat diesen Beschluss als Signal bezeichnet. Bundeskanzler Werner Faymann sprach von einer Maßnahme, die helfen solle, den zuletzt festgelegten Richtwert zu erreichen. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner betonte, dass man auch ein Signal an die eigene Bevölkerung setzen und zum Kern des Asylrechts zurückkehren wolle.

Faymann unterstrich einmal mehr, dass er europäische Lösungen in der Flüchtlingsfrage bevorzugen würde. Da man aber nicht darauf vertrauen könne, dass die EU zügige Entscheidungen treffe, müsse man selbst tätig werden und „auf nationale Maßnahmen wie ein verstärktes Grenzmanagement und Kontrollen“ setzen. Asyl auf Zeit sei auch eine geeignete Maßnahme, um den Richtwert von 37.500 Asylanträgen in diesem Jahr einzuhalten.

Ein mögliches Schengen-Ende, wie von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner befürchtet, würde für Faymann eine Schwächung der Wirtschaft in Europa bedeuten. Was es aber brauche, sei ein starkes Europa. Die offenen Grenzen hätten Österreichs „Export gestärkt, die Handelsbilanz verbessert und viele Arbeitsplätze gesichert“, so Faymann.

Bei Asyl auf Zeit werden laut Ausführungen des Bundeskanzlers jährlich Länderberichte erstellt, bevor Einzelprüfungen erfolgen. Das Recht auf Asyl soll künftig auf drei Jahre befristet sein, danach wird geprüft, ob die Gefahrenlage im Herkunftsstaat noch gegeben ist.

Zu den auf dem Asylgipfel vereinbarten Richtwerten für die Aufnahme von Flüchtlingen erklärte Faymann: „Ein Richtwert ist dazu da, um ihn einzuhalten.“ Dafür seien verschiedene Maßnahmen vorgesehen. Auf europäischer Ebene werde man sich weiterhin für die Sicherung der Außengrenzen und funktionierende Hotspots als Verteilerzentren einsetzen.

Die für Asylfragen zuständige Innenministerin Johanna Mikl-Leitner unterstrich die Verschärfungen beim Familiennachzug, speziell für subsidiär Schutzberechtigte. Dies treffe vor allem Afghanen, die derzeit die größte Flüchtlingsgruppe darstellten.

Beim Asylgipfel von Bundesregierung, Landeshauptleuten und Vertretern von Städte- und

Gemeindebund am 20. Jänner hatte man sich unter anderem auf ein neu strukturiertes Grenzmanagement, auf die Rückführung negativ Beschiedener sowie auf Integrationsmaßnahmen anerkannter Flüchtlinge geeinigt. Demnach will Österreich heuer nur noch 37.500 Asylwerbende aufnehmen, bis 2019 sollen es insgesamt maximal 127.500 sein. Zwei in Auftrag gegebene Rechtsgutachten sollen nun klären, wie im Falle überschrittener Obergrenzen vorzugehen ist.

Asylberechtigte, die an Deutsch- und Wertekursen teilnehmen und generell als gut integriert gelten, können künftig dauerhaft Asyl erhalten – auch wenn im Herkunftsland Frieden herrscht. Zudem können auch humanitäre Gründe gegen eine Abschiebung sprechen.

Der von der Bundesregierung bereits im September 2015 eingerichtete „Topf für Integration“ ist mit 75 Mio. Euro dotiert. Daraus können Projekte aller Ressorts finanziert werden. Die Mittel werden vorrangig für die Sprach- und Wertevermittlung und für die Förderung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt verwendet.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise hat sich auch der neue Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil zu Wort gemeldet: Er will eine Verlängerung des Grundwehrdienstes von derzeit sechs auf acht Monate prüfen lassen, sollte dies notwendig sein. Wie Doskozil im ORF-„Report“ am 26. Jänner erklärte, wäre für den Fall eines Assistenzeinsatzes des Bundesheeres an der „Grünen Grenze“ auch die Einberufung der Miliz möglich. Es gehe darum, die Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres zu garantieren, so Doskozil.

Neue SPÖ-Minister im Amt

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 26. Jänner die schon länger angekündigte Umbildung im SPÖ-Regierungsteam abgesegnet und den neuen Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil, bisher Landespolizeidirektor im Burgenland, angelobt.

Anlass waren Ressortverschiebungen, die durch den Regierungsaustritt von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und dessen SPÖ-Präsidentschaftskandidatur bei der Bundespräsidentenwahl am 24. April nötig wurden. Demnach übernimmt der bisherige Infrastrukturminister Alois Stöger das Sozialministerium, Seinen Posten übernimmt der bisherige Verteidigungsminister Gerald Klug.

Fischer lobte Hundstorfers Verdienste als Sozialminister. Auch Bundeskanzler Werner Faymann hatte zuvor Hundstorfers Einsatz im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewürdigt.

EUROPA ■ INTERNATIONAL**Bundespräsident Fischer in Tunesien**

Bundespräsident Heinz Fischer absolvierte vom 20. bis 21. Jänner einen offiziellen Besuch in Tunesien. Begleitet wurde er von seiner Frau Margit und einer 40-köpfigen Wirtschaftsdelegation. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit Staatspräsident Beji Caid Essebsi und Parlamentspräsident Mohamed Ennaceur.

In Tunesien nahm vor fünf Jahren der „Arabische Frühling“ seinen Ausgang, bis heute ist es der einzige Staat, in dem danach ein Übergang zur Demokratie gelang. Allerdings machen hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, und vermehrte Terroranschläge dem Land sozial und wirtschaftlich zu schaffen.

Ziel von Fischers Visite war es daher, trotz der Schwierigkeiten „den eingeschlagenen Weg der Demokratie zu unterstützen“.

Fischer versprach Essebsi Hilfe bei der wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung des Landes. Es gehe aber nicht nur darum, den wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern „signifikativ zu erhöhen“, österreichische Investitionen im Land zu vergrößern und bei der Modernisierung der Infrastruktur und des (nachhaltigen) Energiewesens zu helfen, sondern auch das tunesische Bildungssystem zu verbessern und das Land in EU- und internationalen Gremien zu unterstützen.

Freilich bedürfe es im Kampf gegen den Terrorismus neben sozio-ökonomischer auch Sicherheitsmaßnahmen, so Fischer. Dabei dürfe man sich „jedoch nicht vom Weg einer demokratischen, pluralistischen und offenen Gesellschaft abbringen lassen“.

Der Bundespräsident betonte die Bedeutung von Stabilität und Entwicklung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Es sei „ganz wichtig, dass sich diese Region im Norden Afrikas, südlich des Mittelmeers stabilisiert“.

Innenministerin Mikl-Leitner: Schengen auf der Kippe

Der grenzkontrollfreie Schengen-Raum ist laut Innenministerin Johanna Mikl-Leitner in seinem Fortbestand ernsthaft bedroht. „Wir sind gerade dabei zu kippen“, erklärte die Ministerin am 25. Jänner nach Beratungen der EU-Innenminister in Amsterdam. „Jeder ist sich bewusst, dass die Existenz des Schengenraums am Kippen ist, dass hier rasch etwas passieren muss.“ Das sehe man an den vielen nationalen Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten, „so wie Österreich es auch tut“, sagte Mikl-Leitner. Österreich werde mit dem Setzen einer

Obergrenze, Asyl auf Zeit und dem verschärften Familiennachzug eines der strengsten Asylsysteme in Europa haben. Es sei auch klar von allen EU-Staaten unterstrichen worden, „dass Griechenland so rasch als möglich handeln muss. Denn handelt Griechenland nicht, werden immer mehr Mitgliedstaaten zu nationalen Maßnahmen übergehen, und viele werden dem Beispiel Österreichs folgen“, unterstrich die Innenministerin.

Die Erhaltung des Schengen-Raumes stehe als gemeinsames Ziel der EU-Staaten außer Streit, Griechenland müsse aber „mehr investieren“. Immer mehr Menschen kämen über Griechenland bzw. die Balkanroute und wollten bewusst nach Österreich, Deutschland oder Schweden.

„Das heißt, wir haben es hier wenig mit der Schutzsuche zu tun, sondern es handelt sich hier um Asyloptimierung“, sagte Mikl-Leitner. Die Flüchtlinge würden sich das wirtschaftlich attraktivste Land aussuchen, „dem müssen wir begegnen“. Deswegen brauche es auch eine Obergrenze für AsylbewerberInnen.

Auf ihre jüngste Schengen-Ausschlussdrohung gegen Griechenland angesprochen sagte die Innenministern, viele dächten wie sie, würden es aber nicht laut artikulieren. Der Druck auf Griechenland zeige offenbar Wirkung, am Wochenende habe Athen um 100 Schiffe bei der EU-Grenzschutzagentur Frontex zur Grenzkontrolle angesucht. Laut Mikl-Leitner wird die EU-Kommission die Verlängerung der EU-Binnengrenzkontrollen nach Artikel 26 des Schengen-Kodex vorschlagen. Es bestehe Einigkeit über die Fortsetzung temporärer Grenzkontrollen einzelner Länder wie in Deutschland, Österreich und Schweden.

Die europäischen Maßnahmen zur Lösung der Flüchtlingskrise müssten mit aller Vehemenz weiter vorangetrieben werden, dazu zählten die Kooperation mit der Türkei, der Aufbau von „Hotspots“ zur Flüchtlingsregistrierung und der Aufbau eines europäischen Grenzschutzes. Hotspots alleine seien aber nicht ausreichend, damit verbunden wäre auch eine Verteilung von Flüchtlingen in Europa, so Mikl-Leitner.

Internationale Bürgermeister-Konferenz in Wien

Die Flüchtlingslager im Libanon und Jordanien erhalten immer noch zu wenig internationale Hilfe – diese Warnung war am 21. Jänner auf der internationalen Bürgermeister-Konferenz in Wien zu hören. Die Zahlen für 2015 zeigten, dass es nur 45 Prozent der für die Deckung der Grundbedürfnisse nötigen Hilfsgelder gebe, sagte der Ex-Chef des New Yorker Büros der Flüchtlingsorganisation UNHCR, Udo Janz.

WIRTSCHAFT

Konsumentenschutz: Schlichtungsstellen erleichtern Zugang zum Recht

Seit 9. Jänner 2016 existiert europaweit ein flächendeckendes System von unabhängigen Verbraucherschlichtungsstellen. Dieses neue Angebot eröffnet Konsumenten und Konsumentinnen neben der Gerichtsbarkeit ein zusätzliches Angebot zur Durchsetzung ihrer Rechte. Acht gesetzlich anerkannte AS-Stellen bieten nun außergerichtliche Verfahren an, die in der Regel kostenfrei, rasch (innerhalb von 90 Tagen) sowie vertraulich abgewickelt werden. In 2 Pilotphasen erwies sich, dass sich 80% der Unternehmen zur Schlichtung bereit erklärten, in ca. 70% der Fälle konnte eine Lösung erzielt werden.

Wenn Konsumenten oder Konsumentinnen einen Konflikt mit Unternehmen in einem anderen EU Mitgliedstaat haben, werden sie beim Auffinden der richtigen Schlichtungsstelle vom Europäischen Verbraucherzentrum unterstützt. Die neue Broschüre des Ressorts „Miteinander statt Gegeneinander“ erläutert die Details zur Schlichtung.

Österreich auf Platz 13 in Ranking der innovativsten Länder der Welt

Österreich schaffte es dieses Jahr im Bloomberg-Innovationsranking vom 17. Platz im Vorjahr auf den 13. Platz. Der Finanznachrichtendienst Bloomberg stuft Länder anhand von Kategorien wie Ausgaben der Staaten für Forschung und Entwicklung, Fertigungstechnik, Forscherdichte, Akademikerquote ein.

Gut schnitt Österreich im aktuellen Ranking bei Akademikerquote und naturwissenschaftlichen Studien, (Platz sieben), Patenten (Platz 13) und Produktivität (Platz 14) ab. Was die Hightech-Dichte betrifft, so erreicht Österreich zwar nur Platz 30 – konnte sich aber auch hier im Vergleich zum Vorjahr um sechs Plätze verbessern. Den ersten Platz in der Allgemeinwertung erreichte wieder Südkorea, gefolgt von Deutschland, Schweden, Japan und der Schweiz.

Neues Maßnahmenpaket zum Bürokratie-Abbau erleichtert das Wirtschaften

„Bürokratie abbauen, Wirtschaften erleichtern“ – so lautet das Motto eines soeben beschlossenen Maßnahmenpakets. Die geplanten Reformen sollen 2016 umgesetzt werden und umfassen insbesondere die weitgehende Abschaffung von Mehrfachbestrafungen für ein- und dasselbe Delikt, die Vereinfachung von Gründungen

und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Künftig soll so etwa bei geringem Verschulden oder keiner bewussten Schädigungsabsicht nur eine geringere Gesamtstrafe verhängt werden können. Aufgrund von Mehrfach- bzw. Nebeneinanderbestrafungen für ein- und dasselbe Delikt können Strafen derzeit selbst bei Bagatellverstößen sehr hoch ausfallen. Das ist gerade für Klein- und Mittelbetriebe eine schwere Belastung. Beseitigt werden sollen ferner die Schranken für Interdisziplinäre Gesellschaften zwischen Freiberuflern und Gewerbetreibenden, damit fachübergreifende Gründungen möglich sind. Als weiterer Punkt sollen die Betriebsanlagenverfahren deutlich beschleunigt werden. In Zukunft soll die Bezirkshauptmannschaft als One-Stop-Shop agieren - nach dem Motto: Eine Anlaufstelle, ein Bescheid.

Neuer Sekt mit EU-Gütesiegel, nur aus österreichischen Trauben hergestellt

Diesen Herbst wird es die erste Sekte mit dem EU-Herkunftssiegel, der „geschützten Ursprungsbezeichnung“ (g.U.), geben. Neben großen Firmen wie Schlumberger liefern immer mehr kleine Anbieter, sogenannte selbst vermarktende Winzer, teilweise sehr gute Qualität, leiden aber unter Preisdumping. Daher wird angestrebt, eine „österreichische Identität“ bei Schaumweinen zu schaffen. Auch gegen die großen französischen Schaumweine will man antreten. Da ganz Österreich nicht viel größer ist als die Champagne, konnte in Brüssel die Marke „österreichischer Sekt“ geschützt werden. So dürfen nur mehr österreichische Trauben vermarktet werden, wenn das Gütesiegel zur Anwendung kommt.

Die Münze Österreich 2015 erfolgreich

Der Goldpreis in Dollar gerechnet ist in den vergangenen Jahren von knapp 1800 Dollar pro Unze im Jahr 2011 im Sommer vergangenen Jahres auf rund 1050 Dollar gefallen. Der Goldpreis in Euro gemessen befindet sich jedoch seit mittlerweile zwei Jahren wieder in einem Aufwärtstrend. Zudem hat die nach der Finanzkrise weltweit explodierte Nachfrage nach physischen Münzen und Barren nie wirklich nachgelassen. Nichts zeigt das besser als die Verkaufstatistik der Münze Österreich, die dank dem sehr erfolgreichen Wiener Philharmoniker zu den fünf größten Anbietern von Anlagegold weltweit. Im Jahr 2015 verkaufte die Münze rund 1,32 Millionen Unzen Gold – das ist eine Steigerung um 45% und das fünfbeste Ergebnis in der Geschichte der Münze.

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT**Wissenstransfer, Zukunftstechnologien und FH-Forschung wird neu gefördert**

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) starten vier neue Förderinitiativen im Umfang von 29 Millionen Euro, um den Wissenstransfer in die Wirtschaft und die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken. Thematische Schwerpunkte der neuen Förderinitiativen sind moderne Produktionstechnologien („Industrie 4.0“), Energie- & Umwelttechnologie, Biotechnologie sowie innovative Dienstleistungen. Ausgebaut werden soll zum einen die Forschung an den Fachhochschulen, mit dem klaren Auftrag, das Know-how an Unternehmen weiterzugeben und gemeinsame Projekte durchzuführen. Unterstützt werden sodann hochspezialisierte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die von Hochschulen und Unternehmen gemeinsam entwickelt und durchgeführt werden. Finanzielle Mittel werden auch für die Bildung neuer kleiner Forschungseinheiten zur Verfügung gestellt, die genau jene Themen aus der Forschung aufgreifen und weiterentwickeln sollen, die für die österreichische Wirtschaft wichtig sind. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen bekommen mit diesem Bündel an Förderungen einen systematischen Zugang zu externem Know-how.

Slowakischer Wissenschaftsminister Juraj Draxler zu Besuch in Wien

Vizekanzler und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner traf den slowakischen Minister für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Jugend, Juraj Draxler, zu einem bilateralen Arbeitsgespräch. Thema war unter anderem die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Donauraumstrategie, die weiter vertieft werden soll, und die Kooperationsmöglichkeit von Firmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beider Länder im Bereich der angewandten Forschung. Zudem soll auch der Austausch über duale Ausbildungsmöglichkeiten weiter vorangetrieben werden. Rund 1.800 Studierende aus der Slowakei studieren in Österreich, aktuell bestehen acht bilaterale Abkommen zwischen österreichischen Universitäten und Hochschuleinrichtungen in der Slowakei.

Im Rahmen der EU-Donauraumstrategie gibt es enge Verbindungen mit der Slowakei, die 2016 auch den Vorsitz aller beteiligten Länder haben wird. Österreich hat mit dem Danubius Award 2011 eine eigene Auszeichnung ge-

schaffen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler speziell aus dem Donauraum zu würdigen. Zudem ist 2016 die Fortsetzung des EUREKA Danube Region Joint Calls geplant, bei dem 2015 Forschungsprojekte von Institutionen und Unternehmen speziell aus dem Donauraum eingereicht werden konnten.

Schulsportpreise an 30 österreichische Schulstandorte verliehen

Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek prämierte 30 österreichische Schulstandorte aus allen Bundesländern mit einem Ehrenpreis zum Österreichischen Schulsportgütesiegel. Im Rahmen der Preisverleihung strich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek auch das neue Weiterbildungsangebot zum Bewegungssportcoach an den Bundessportakademien Wien und Tirol heraus: „Aufgrund des regen Interesses haben wir das Angebot bereits erweitert. Durch die neue Qualifikation Bewegungssportcoach können Sport-TrainerInnen, die Freizeitbetreuung in ganztägig geführten Schulen übernehmen. Damit machen wir einen weiteren großen Schritt in Richtung mehr Bewegung in den Schulen.“ Die Ausbildung dauert 3,5 Monate. Die Fortbildung zum Bewegungssportcoach steht neben Sport-Lehramt-Studierenden auch InstruktorInnen und TrainerInnen offen. Das Österreichische Schulsportgütesiegel wurde im Jahr 2013 vom Bildungsministerium eingeführt und zeichnet österreichweit Schulen aus, die sich für den Schulsport in besonderer Weise engagieren. <http://schulsportinfo.at>

Lehrabschlüsse werden EU-weit vergleichbar

Der soeben beschlossene Nationale Qualifikationsrahmen macht Qualifikationen europaweit vergleichbarer, österreichische Abschlüsse werden anderen europäischen Ausbildungen gleichgestellt. Bisher gab es auf EU-Ebene keine Skala für Meisterausbildungen und ähnliche Abschlüsse, weil die meisten EU-Länder diese Ausbildungsform nicht kennen.

Die verschiedenen Abschlüsse werden acht Kompetenzniveaus zugeordnet. Eingestuft werden sie aufgrund der Empfehlung eines Expertengremiums. Der Nationale Qualifikationsrahmen ist mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen verknüpft. Daher bedeutet die Zuordnung zu einem Kompetenzniveau des Nationalen automatisch auch die Zuordnung im Europäischen Qualifikationsrahmen.

Die Zuordnungsverfahren werden nach Inkrafttreten des Gesetzes am 15. März beginnen. Ingenieur und Meister sollen etwa auf Stufe sechs angesiedelt werden.

KULTUR**Österreichischer Filmpreis: „Ich seh, ich seh“ großer Gewinner**

Die Österreichischen Filmpreise wurden am 20. Jänner zum sechsten Mal vergeben: Großer Gewinner war der Horrorfilm „Ich seh Ich seh“. Das Spielfilmdebüt von Veronika Franz und Severin Fiala konnte fünf von sechs Nominierungen für sich entscheiden und wurde bei der abendlichen Gala im Auditorium Grafenegg (NÖ) u.a. als bester österreichischer Film sowie für die beste Regie ausgezeichnet. Weitere Preise erhielt „Ich seh Ich seh“ in den Sparten Kamera, Szenenbild und Maske.

Der Preis für das beste Drehbuch ging an den Filmemacher Christian Frosch für dessen Film „Von Jetzt an kein Zurück“ über deutsche Heimskandale. Zum besten Dokumentarfilm wurde „Lampedusa im Winter“ von Jakob Brossmann gekürt, bester Kurzfilm ist das Oscar-nominierte Vater-Tochter-Drama „Alles wird gut“ von Patrick Vollrath. Als beste HauptdarstellerInnen wurden Johannes Krisch als Jack Unterweger in „Jack“ und Ulrike Beimpold als mit Gott kommunizierende Supermarktkassierin in „Superwelt“ geehrt. Die erstmals vergebenen Preise für die besten NebendarstellerInnen gingen an Gerti Drassl („Ma Folie“) und Christopher Schärf („Einer von uns“). Es wurden 16 Kategorien prämiert.

(www.oesterreichische-filmakademie.at)

Bundesmuseen 2015: Besucherrekord

Bereits zum dritten Mal in Folge haben die heimischen Bundesmuseen und die musealen Bereiche der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) ein Rekordbesuchs-Jahr verzeichnet. Die am 19. Jänner vom Kulturministerium bekannt gegebenen Zahlen für 2015 brachten mit 4.970.449 Besucherinnen und Besuchern eine weitere Steigerung um rund fünf Prozent (2014: 4.715.992). Im langfristigen Vergleich bedeute dieses Rekordergebnis eine Steigerung von knapp 20 Prozent innerhalb der vergangenen fünf Jahre (2010: 4.170.818) und rund 45 Prozent in den vergangenen zehn Jahren (2005: 3.419.946).

Analog zum Besucheranstieg verzeichnete man zudem einen fünfprozentigen Zuwachs bei den (Gratis-)Besuchen von Kindern und Jugendlichen, von denen 2015 1.054.431 in die Bundesmuseen kamen (2014: 1.000.503). Dies bedeute eine Steigerung um 42 Prozent gegenüber 2009 vor Einführung des freien Eintritts für Unter-19-Jährige. Für Kulturminister Josef Ostermayer bezeugen die Zahlen „die hohe

Attraktivität der Bundesmuseen und der Nationalbibliothek“.

Das stärkste Besucherplus verzeichnete das MAK (Museum für angewandte Kunst) mit plus 44 Prozent. Direktor Christoph Thun-Hohenstein sprach vom höchsten Wert der letzten dreieinhalb Jahrzehnte, was die „Neupositionierung des MAK als Lebensmuseum für Kunst und Alltag“ bestätige.

Über einen Zuwachs von 18 Prozent freut man sich auch im Belvedere, wo ein Spitzenwert von insgesamt 1.266.620 BesucherInnen (Standorte: Oberes und Unteres Belvedere, Winterpalais, 21er-Haus) erreicht wurde.

13 Prozent mehr BesucherInnen meldete das mumok (Museum Moderner Kunst), einen Anstieg von jeweils acht Prozent verzeichneten die Albertina und die musealen Bereiche der ÖNB. Das starke Plus gegenüber 2014 ist laut Angaben der Nationalbibliothek vor allem dem neuen Literaturmuseum zu verdanken, das seit seiner Eröffnung am 17. April 18.405 BesucherInnen empfing. Das Naturhistorische Museum verweist auf ein leichtes Plus von einem Prozent, das Technische Museum schloss das Jahr 2015 mit minus vier Prozent ab.

Mit einem Minus von fünf Prozent schlägt das Ergebnis des Museumsverbands des Kunsthistorischen Museums (KHM) zu Buche. Das größte Minus verzeichnete man erwartungsgemäß aufgrund des seit November 2014 geschlossenen Museums für Völkerkunde/Weltmuseum, das 2014 noch 43.585 BesucherInnen angelockt hatte. Das Theatermuseum folgt mit minus 18 Prozent, rund vier Prozent weniger Gäste kamen in die Wagenburg. Auch das Haupthaus kam auf ein Minus von vier Prozent (2015: 767.413). Insgesamt liege man jedoch in allen Bereichen 2015 „über den gesetzten Zielwerten“, so eine KHM-Sprecherin. Zuwächse gab es in der Schatzkammer (plus 3,84 Prozent) und der Neuen Burg (1,32 Prozent), in der sich die Sammlung Alter Musikinstrumente sowie die Rüstkammer befinden. Die Neue Burg hatte 2015 vor allem durch die Pläne, dort das „Haus der Geschichte“ zu errichten, für viel mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Angestrebt wird eine Eröffnung im November 2018.

Schloss Schönbrunn: Mit Besucher-Plus ins Franz-Joseph-Jahr

Eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Österreichs, das Schloss Schönbrunn in Wien, konnte 2015 die Besucherzahlen weiter steigern. Mit insgesamt 3,6 Millionen Eintritten in den Palast bzw. die anderen Attraktionen am Areal wurden um 7,7 Prozent mehr Gäste emp-

fangen als im Jahr davor. Heuer wird die Touristenattraktion im Zeichen eines ehemaligen Bewohners stehen: Kaiser Franz Joseph, der vor 100 Jahren starb. Dazu gibt es von 16. März bis 27. November eine Sonderausstellung an vier Standorten.

Auch weitere Attraktionen der Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft (SKB), konkret die Kaiserappartements, das Sisi Museum und die Silberkammer in der Hofburg, waren beliebte Anziehungspunkte – mit einer Besuchersteigerung von rund sechs Prozent. SKB-Geschäftsführer Franz Sattler verwies dazu auf den neuen Eingangsbereich in der Hofburg, der sehr gut angenommen worden sei.

Leichte Rückgänge im Vergleich zu 2014 gab es dagegen im Hofmobiliendepot (Möbel Museum Wien, minus vier Prozent) sowie in den ebenfalls von der SKB verwalteten Schlössern Hof und Niederweiden (minus fünf Prozent).

Wirtschaftlich sei das Jahr jedenfalls erfolgreich verlaufen, hieß es. Der Gesamtumsatz der SKB lag 2015 nach ersten Berechnungen bei 48 Mio. Euro. Hoch waren auch die Ausgaben: Rund 9 Mio. Euro investierte man in Restaurierungs- und Erhaltungsarbeiten sowie in das Schaffen neuer Angebote: neben der Neugestaltung des Hofburg-Eingangsbereichs die Restaurierung der Chinesischen Kabinette oder die Errichtung von Erlebnispfaden in Schloss Hof, die heuer in Betrieb genommen werden.

Auch 2016 sind zahlreiche Bauprojekte geplant, darunter die Generalsanierung der Fassade der 1775 errichteten Gloriette.

www.schoenbrunn.at

Rekord für Jüdisches Museum Wien

Das Jüdische Museum Wien feierte im Vorjahr einen Rekord: Mit 118.000 konnte man an beiden Standorten so viele BesucherInnen wie nie zuvor verzeichnen und übertraf damit die Zahlen von 2014 um drei Prozent, wie im Jänner mitgeteilt wurde. Besonders erfolgreich war die Ausstellung „Ringstraße. Ein jüdisches Boulevard“ im Palais Eskeles mit mehr als 56.000 Eintritten.

Im Museum am Judenplatz besichtigten über 15.000 Personen die Schau „Lessing zeigt Lessing“, bei der Hannah Lessing Fotografien ihres Vaters Erich ausgewählt und in Szene gesetzt hatte. Erfreut zeigte sich Museumsdirektorin Danielle Spera auch vom „ungebrochenen Interesse an den Vermittlungsangeboten und Veranstaltungen des Museums, die von mehr als 11.000 Personen wahrgenommen wurden“. Die Eintrittserlöse stiegen im Vorjahr um mehr als sechs Prozent.

Das neue Ausstellungsjahr bringt unter anderem eine Begegnung mit „herausragenden jüdischen Musikern“ („Stars of David“, ab 13. April), die alle Genres von Musical über Filmmusik bis Jazz, Avantgarde und Pop umfasst. Im Fokus stehen dabei Komponisten, Interpreten und Produzenten des 20. und 21. Jahrhunderts. „Die bessere Hälfte“ lautet der Titel der Herbstausstellung im Palais Eskeles (ab 19. Oktober), die jüdischen Künstlerinnen in der männerdominierten Welt der bildenden und angewandten Kunst gewidmet ist. Jene Wiener Synagogen, die während des Novemberpogroms 1938 zerstört wurden, leben schließlich ab 18. Mai im Museum Judenplatz virtuell wieder auf. Gemeinsam mit dem Jewish Museum New York entstand die Ausstellung „Jewish by Love. Marilyn, Liz & C“ (ab 30. November), die den Eintritt von Liz Taylor und Marilyn Monroe in das Judentum beleuchtet, wobei dies aus der Perspektive von Andy Warhol erfolgt.

Zudem können Ausstellungen und Sammlung des Jüdischen Museums Wien in Kooperation mit dem „Google Cultural Institute“ virtuell jederzeit besichtigt werden. „Dieser Schritt ist für unser Museum ein weiterer wichtiger Baustein in der Umsetzung unserer Web- und Social Media Strategie“, so Spera.

www.jmw.at, <http://go.apa.at/zmDUG58m>

Linzer Schlossmuseum feiert Fünfziger

Das Linzer Schlossmuseum wird 50 und feiert mit einem Projekt, das frischen Wind in die Dauerausstellungen bringen soll: Der Ottensheimer Künstler Andreas Strauss holt in „50 Jahre – 50 Werke – 50 Geschichten“ (15. Jänner bis 8. Jänner 2017) 50 Exponate und 50 MitarbeiterInnen des Hauses vor den Vorhang. Präsentiert werden etwa eine Apotheke aus dem 17. Jahrhundert oder das Porträt einer Frauenrechtlerin aus dem Biedermeier – zigarrenrauchend und in Männerkleidern, gemalt von Johann Baptist Reiter.

Neben jedem der 50 ausgewählten Exponate steht ein Monitor. In einer Videoeinspielung berichten MitarbeiterInnen des Hauses Wissenswertes und Persönliches über ihren Arbeitsplatz, erzählen Geschichten, die mit dem jeweiligen Exponat oder der Geschichte des Museums verbunden sind. „Sonderausstellungen ziehen mehr Besucher an als Dauerausstellungen“, so Direktorin Gerda Ridler über die Idee hinter dem Konzept. Die Schau ist so angelegt, dass man auch öfter kommen kann, der gesamte Rundgang dauert vier Stunden. Alle heuer 50-Jährigen erhalten im Jubiläumsjahr freien Eintritt. www.landesmuseum.at

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Wien: 2015 sechster Nächtigungskord in Folge

Ein Zuwachs von 5,9 Prozent auf 14.328.000 Gästenächtigungen – 2015 war für den Wien-Tourismus erneut ein Erfolgswort. Die Bundeshauptstadt verzeichnete damit den sechsten Rekord in Folge. In Sachen Jahresergebnis wurde die 14-Millionen-Grenze erstmals übersprungen. So war auch das 32-prozentige Minus aus Russland zu verkraften. Stark zulegen konnte hingegen etwa China, erfreulich auch das Interesse aus den USA, Italien, Großbritannien, Spanien, die Schweiz sowie Frankreich. Nicht zuletzt der Ring fungierte als Straße zum Erfolg. Das 150-Jahr-Jubiläum des Prachtboulevards soll einen höheren Werbewert als etwa das Klimt-Jahr 2012 erreicht haben.

Zuwachs bei Bio-Betrieben bestätigt Qualitätsstrategie

„Die Nachfrage nach Bio- und Spezialprodukten steigt ständig. Dieser Trend bringt neue Absatzmöglichkeiten für qualitativ hochwertige Lebensmittel im In- und im Ausland. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern nützen diese Chance“, betont Umwelt- und Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter.

Insgesamt wird es 2016 in Österreich mehr als 21.500 Biobetriebe geben, 2015 waren 19.600 Bio-Betriebe im Agrarumweltprogramm ÖPUL registriert, 2014 rund 19.200.

Das Bio-Aktionsprogramm 2015-2020 des Landwirtschaftsministeriums bietet attraktive Anreize für den Neu- und Wiedereinstieg. Dazu gehören nicht nur finanzielle Impulse, sondern auch eine intensive technische, wirtschaftliche und rechtliche Beratung, Bildungsangebote und Forschungsaktivitäten sowie Marketingmaßnahmen und Exportaktivitäten.

Österreich beschließt EXPO-Beteiligung 2017

Österreichs Beteiligung an der EXPO Astana 2017, die unter dem Generalthema „Energie-zukunft“ (Future Energy) stattfinden wird, ist bereits gesichert. „Dieses Thema passt maßgeschneidert zu den Kernkompetenzen der heimischen Exportwirtschaft. Öko-Innovationen 'Made in Austria' sind weltweit anerkannt“, erklärt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. „Die Weltausstellung bietet österreichischen Unternehmen eine gute Plattform, um ihre Qualität und Innovationskraft bei Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Umwelt-

technologie und im Infrastrukturbereich zu präsentieren“, so der Minister. Kasachstan ist Österreichs wichtigster Handelspartner in Zentralasien.

Smart Cities – Die Zukunft der Menschheit liegt in intelligenten Städten

Immer mehr Menschen ziehen in Ballungsräume, gleichzeitig werden die Ressourcen knapp. Weltweit werden derzeit 75 Prozent der CO₂-Emissionen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in Städten verursacht. Es ist nicht nur zur Erreichung von Emissionszielen notwendig, effiziente Lösungen für das Leben in Städten zu finden. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie unterstützt als österreichisches „Smart City“-Ministerium die österreichische Wirtschaft und Forschung bei der Entwicklung neuer Technologien ebenso wie bei der Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen im In- und Ausland.

In der Publikationsserie FRESH VIEW erschien dazu der Kompetenzkatalog „Smart Cities – Die Zukunft der Menschheit liegt in intelligenten Städten“, der mehr als 160 österreichische Firmen und Forschungseinrichtungen in den Themenfeldern „Smart Mobility“, „Smart Energy“, „Smart ICT-Infrastructure“ und „Security“ vorstellt. Dieses praktische Nachschlagewerk für Brancheninteressierte liefert auch ein eindrucksvolles Zeugnis österreichischer Technologieführerschaft und kann auf der Homepage des Ressorts heruntergeladen werden.

Tipps für das Radfahren im Winter

Der Radverkehr unterliegt gerade in Österreich einer ausgeprägten saisonalen Schwankung. Im Winter ist nur ein geringer Teil jener Personen mit dem Rad unterwegs, die dies auch im Sommer sind. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat daher einen Leitfaden und einen kleinen Ratgeber entwickelt, der hier Abhilfe schaffen und das Radfahren im Winter unter ungünstigen Witterungsbedingungen attraktiver machen können. Der Leitfaden „Radfahren im Winter“ informiert allgemein über die Thematik. Die Broschüre „Radfahren im Winter“ versorgt schließlich Radfahrende und die es noch werden wollen mit Tipps und Tricks für eine erfolgreiche und sichere Verkehrsteilnahme mit dem Fahrrad im Winter unter ungünstigen Witterungsverhältnissen. Die beiden Publikationen können gratis als Druckversion oder als Download auf der Homepage des Ministeriums bezogen werden.